

Der Steinarbeiter

Organ

für die Interessen der Steinarbeiter Deutschlands.

„Der Steinarbeiter“ erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.

Herausgeber:

Paul Mitsche, Rixdorf-Berlin, Bergstraße 30-31, Hof pt.

Verantwortlicher Redakteur:

Othmar Schmidt, Rixdorf-Berlin, Bergstraße 30-31, Hof pt.

Geschäftsstelle und Expedition:

Rixdorf-Berlin,

Bergstraße 30-31, Hof pt.

Abonnementspreis durch die Post inkl. 15 Pf. Bestellgeld vierteljährlich 80 Pf., durch die Expedition unter Kreuzband 90 Pf.

Anzeigen: Von Vereinen und Krankenkassen 10 Pf., von Privaten 20 Pf. die gespaltene Zeitspalte oder deren Raum. Arbeitsangebote werden nur aufgenommen, wenn Lohnverhältnisse und Arbeitszeit angegeben sind.

„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7166 d. Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 44.

Sonnabend, den 4. November 1899.

3. Jahrg.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

Die im Streik gewesenen Kollegen sind nun in Berlin, Dresden, Pirna, Neudorf, Bunzlau, Alt-Warthau, Radwitz, Löwenberg, Hockenu-Neudorf und Deutmannsdorf eingestellt, nur noch müssen die Breslauer Kollegen „wegen Mangel an Arbeit“ wie die Firma sagt unterstützt werden.

Der Ausstand der Kollegen in Nebra ist gleichfalls beendet, die Kollegen haben in Erfurt Beschäftigung gefunden. Weil nun, wie Herr Walthert in Nebra sagte, Mangel an Arbeit ist, wird ein Zusprechen fremder Kollegen in Nebra auf dem betreffenden Werkplatz nutzlos sein.

Die Sperren über die Werkplätze Lorenz Wüst in Freiburg, Witte, Frohnhöfer und Luzemann in Ohlsdorf bestehen fort.

Krieg und Steinindustrie in Transvaal.

In Nr. 17, am 23. April 1898 veröffentlichte der „Steinarbeiter“ einen Artikel über die Entwicklung des Bildhauer- und Steinmehrgewerbes in Transvaal seit 1897, zu dessen Ergänzung ich einige weitere Bemerkungen folgen lasse. Den Beweggrund hierzu bietet der Umstand, daß laut eines Berichtes aus Pretoria deutsche Besitzer von Marmor- und Granitbrüchen die Anwerbung deutscher Steinarbeiter in Aussicht genommen haben.

Hauptsächlich hat ein Maurermeister B. aus Limburg a. Lahn, dessen Bruder Betriebsleiter der Marmorsteinbrüche am Romati- und Weißen Flüsse, Eigentum der Firma Goerz u. Co., Limited, ist, aus dem Nassauischen Lande schon eine Anzahl Steinmehzen nach Transvaal verschifft. Veranlassung zu dieser Anwerbung deutscher Arbeitskräfte bietet der gegenwärtig tobende Krieg mit England. Fast alle Briten und Nordamerikaner haben beim Herannahen der Feindseligkeiten den Freistaat aus eigenem Antrieb verlassen, denn der Haß der Boeren gegen das gesammte angelsächsische Volkselement ist so stark, daß ein längeres Verweilen den Briten und Amerikanern verhängnisvoll werden konnte.

Ebenso unterdrückt wie die Angelsachsen sind auch die Italiener geworden, da man meint, daß ihre Regierung im Schlepptau Englands segelt. Italiener waren in der Steinindustrie hauptsächlich beschäftigt und da sie sich dem Exodus der Angelsachsen angeschlossen, war eine BetriebsEinstellung auf den meisten Steinbrüchen unvermeidlich. Obgleich nun gegenwärtig auf den Goldfeldern die Arbeit ruht, in der Goldstadt Johannesburg, aus welcher drei Viertel der Einwohner nach den britischen Kolonien geflohen sind, das fieberhaft thätig gewesene Bauhandwerk ruht, so ist den Steinbruchbesitzern deutscher und holländischer Herkunft, die in der Südafrikanischen Republik geblieben sind, diese ArbeitsEinstellung sehr ungelogen. Bisher war infolge der außerordentlichen Bauzeit die Nachfrage nach Marmor, Granit und Sandstein eine so große, daß sie ungeachtet der größten Anstrengung und vieler Ueberstunden nicht befriedigt werden konnte und dieselbe

Erscheinung wird unmittelbar nach dem Friedensschlusse wieder eintreten, gleichviel ob das Goldland englischer oder Boeren-Besitz sein wird. Die ungeheuren Erzschatze gewährleisten eine blühende Zukunft, mag nun der Brille oder der Boere regieren.

Auf diese Thatsache begründen die Steinbruchbesitzer ihr Vorhaben, die Förderung auch während der Kriegszeit so viel als möglich zu steigern, im Augenblicke der neubeginnenden Nachfrage fertige Waare anbieten und für sie höhere Preise fordern zu können. Von den im Jahre 1898 registrierten 481 Brüchen sollen nach dem Bericht des „Johannesburg Standard“ vom 27. September 197 außer Betrieb sein, während in den übrigen mit desto größerer Emsigkeit gearbeitet wird.

Unter den letzteren zählt der große Granitbruch am Bugch Fluße von Alfred Nut aus Hamburg, der im Jahre 1897 annähernd 41 000 Kubikmeter Stein gefördert haben sollen und 1373 Personen beschäftigte, von denen jedoch 218 Weiße waren. Lochschläger und Räumer sind sämtlich Kaffern des Basuto-Stammes, die für 1,75 Mk. pro Tag schaffen, während der landesübliche Lohn für weiße Steinmehzen 22 bis 25 Mk. beträgt. Die Farbigen allein im Betriebe zu beschäftigen, vermag aber kein Steinbruchbesitzer, denn sie bedürfen noch, wie die Kinder, der ständigen Beaufsichtigung. Erstens muß man sie stets wieder über die Arbeit unterweisen und zweitens überwachen, daß sie sich nicht neben der Arbeitsstelle hinwerfen und schlafen.

Der Bedarf an Steinarbeitern, um die Massenproduktion für den zu erneuernden Bedarf einzuleiten, machte es selbstverständlich, daß sich die Unternehmer dieserhalb nach Deutschland wandten, da der deutsche Volksstamm den Boeren am sympathischsten und auch von den Engländern wegen seiner Arbeitsamkeit hochgeschätzt ist.

Es fragt sich nun aber, ob deutschen Steinarbeitern eine Ueberfiedelung nach Transvaal anzurathen ist, und diese Frage möchte ich entschieden verneinen. Der in Aussicht gestellte, für europäische Verhältnisse hohe Lohn darf nicht verlocken, denn ihm stehen entsprechende Preise für die Lebenshaltung gegenüber. Es kostet z. B. für den einzelnen Arbeiter Kost und Logis pro Woche mindestens 35 Mk., ein Paar gewöhnliche Schnürschuhe 25 Mk., das Glas Branntwein 50 Pfg., die Flasche deutschen Lagerbiers 3,50 Mk. Seit Ausbruch des Krieges sollen aber, Zeitungsnachrichten gemäß, die Preise noch um 25 pCt. gestiegen sein, da die Engländer alle Zufuhrwege von der Küste mit Ausnahme der durch portugiesisches Gebiet führenden Eisenbahnlinie von Lourenco marques abgeschnitten haben.

Der Gedanke, sich einschränken zu wollen, um in einigen Jahren mit vollen Taschen heimzukehren, wird nie zur Wirklichkeit, denn der Arbeiter kann und darf sich nicht von der Lebensweise seiner Genossen ausscheiden, muß unter allen Umständen ein menschenwürdiges Dasein fristen. Ueberdies ist die achtstündige Arbeitsschicht in dem trockenheißen und staubigen Klima, wo das Thermometer sehr häufig 42° R. zeigt, so Nerven- und Muskelfanstrengend, daß mir wiederholt Landsleute versichert haben, in Deutschland mit weitaus geringerer Ermüdung 12 Stunden gewirkt zu haben. Dazu kommt, daß Aerzte behaupten, daß in Südafrika die Einathmung von dem Steinstaub

zugleich mit dem feinen, die Straßen bedeckenden Sande die Lungen der Steinmehzen nach wenigen Jahren verhängnisvoll angreifen.

Die Lebensweise der Steinarbeiter Transvaal's wobei ich mich auf jene der unverheiratheten beschränke, weil Beit und Balzer, wie ich nachher erörtern werde, nur Leute ohne Familie anwerben, ist folgende: „Morgens frühstückt man Kaffee, geröstete Brodschmitteln mit Butter, gebratenen Speck oder Schinken und beginnt um 7 Uhr die Arbeit, welche ohne Pause bis 12 Uhr währt. Auf der Arbeitsstelle wird ein kalter Zmbiß genossen und bis 2 Uhr geruht, wo dann die Arbeit wiederum bis 5 Uhr aufgenommen wird. Erst jetzt erhält der Arbeiter die allerdings sehr reichliche und gute Hauptmahlzeit des Tages und ist sein freier Herr. Während der Arbeitszeit ist jedes Gespräch, Rauchen u. s. w. streng untersagt, jedoch stehen Kübel mit kaltem Milchkaffee zur Labung unentgeltlich bereit, das Mitbringen von alkoholischen Getränken zur Arbeitsstätte hat sofortige Entlassung zur Folge.

Eine gewerkschaftliche Organisation besteht in Transvaal noch nicht, die Bestrebungen zur Erreichung einer solchen sind stets an dem leidigen Nationalhaß und der Sprachenverschiedenheit gescheitert. Um für den Nothfall Vorkehrungen zu treffen, treten die Arbeiter bürgerlicher Vereinigungen, wie den Druides, Forreisters u. s. f. bei, welche in Wirklichkeit Kranken- und Sterbekassen sind, sich aber mit freimaurerischem Gepränge umgeben. Es ist selbstverständlich, daß derartige Vereinigungen niemals das Arbeiterinteresse wahren oder eine Arbeiterbewegung unterstützen können. Aus diesem Grunde ist der nach Transvaal auswandernde Steinarbeiter vollständig der Ausbeutung des Unternehmers ausgehandigt.

Letzterer sucht diese ihm aus dem Zeitverhältnisse erwachsende Macht noch dadurch zu vergrößern, daß er, wie A. Beit, blos Männern freie Ueberfahrt nach Transvaal gewährt, die Familie also brodlos macht sobald der Arbeiter in Südafrika sich nicht seinem Pashawort fügt. Die Anwerbung erfolgt auf drei Jahre und wird der Kontrakt vom Konsul der Südafrikanischen Republik beglaubigt, um ihm in Transvaal bindende Kraft zu verleihen.

Der wöchentlich auszuzahlende Lohn für geschulte Steinmehzen beträgt 20 Mk. pro Tag, von diesem wird aber der ortsübliche Satz für die Familien Verheiratheter gekürzt und diesen durch die deutsche Bank ausbezahlt. Die Einfahrt nach Südafrika zahlt der Unternehmer, jedoch nicht die Rückfahrt, so daß nach 3 Jahren der deutsche Steinarbeiter brodlos in Südafrika sitzt, wenn er sich nicht den zurückgeschraubten Bedingungen des Arbeitgebers fügt, denn große Ersparnisse sind in der kurzen Zeit angesichts der Theuerung nicht zu erübrigen.

Allerdings giebt es sehr zahlreich deutsche Steinmehzen, welche als Arbeiter nach Südafrika gekommen und heute selbstständig sind, allein sie langten in den Zeiten an, wo Handarbeit mit Gold aufgewogen wurde und ein Wettbewerf kaum bestand. Diese Kleinmeister befaßen sich hauptsächlich mit Grabdenkmälern, verarbeiten aber selten heimisches Material, sondern beziehen die Arbeiten fertig aus Deutschland, vielfach durch Vermittelung von Biegnitzer Firmen.

Die wirtschaftlichen Zustände sind für eine Auswanderung nach Transvaal gewiß nicht verlockend, allein noch weniger die politischen, und es wäre für den deutschen Steinarbeiter eine Thorheit, irgend welchen südafrikanischen Auerbierungen näher zu treten, bevor die politische Lage dauernd geklärt ist.

D. Kalt-Reuleaux.

An die Steinarbeiter Deutschlands!

Kollegen! Der Skandinavische Steinhauer-Verein bringt hiermit den deutschen Kollegen seinen Glückwunsch zu dem nun geschlossenen Frieden.

Wenn auch nicht alles gewonnen wurde, so war der Sieg doch immerhin Curer.

Das beste Resultat war und ist so glauben wir, das gute Solidaritätsgefühl, welches die Steinarbeiter aller Länder, aber in erster Linie die Steinarbeiter Deutschlands bewiesen haben.

Es lebe die Solidarität der Arbeiterschaft aller Länder!

Im Namen der Steinarbeiter Skandinaviens.
Gerorg Malmberg
Intern. Secr. für Schweden und Vertrauensmann für Skandinavien.

Korrespondenzen.

Fürstenstein, Bayrischer Wald. Am 15. Oktober tagte hier eine Versammlung der Steinarbeiter, die zwar nicht polizeilich überwacht, aber dafür vom Pfarrer und Cooperator des Ortes besucht war. Durch den Gemeindedienere wurde eine halbe Stunde vor Beginn der Versammlung der Versuch gemacht, diese zu vereiteln, was ihm nicht gelang. Referent Oswald-München führte den Kollegen in 1 1/2-stündigem Vortrage den Werth und Nutzen der Steinarbeiter-Organisation vor Augen. Er legte die Verhältnisse klar, wie sie unter den sogenannten patriarchalischen Verhältnissen in unserer Branche zwischen Meister und Gesellen waren, führte dann aus, wie der wirtschaftliche Umschwung entstand, wie die Meister Bauunternehmer wurden, wie das Geld Werth erhielt und die Konkurrenz entstand. Nun entwickelten sich Fachvereine, aus denen dann die heutige Steinarbeiter-Organisation entstand. Er führte dann aus, welcher Kampf sich gegenwärtig in Norddeutschland abspielt und welche Lehre wir daraus zu ziehen haben, denn nur durch eine gute Organisation können wir den Sieg erringen, dabei die Zuchthausvorlage und die Folgen für die Arbeiterschaft betonend. Uebergehend auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse Fürstensteins und Umgegend sagte Referent: wenn Löhne verdient werden wie hier bei 12-14-stündiger Arbeitszeit, im Accord von 2 Mark, so ist es Zeit, daß sich die Kollegen Fürstensteins aufrufen und sich organisieren, nur dann wird Besserung eintreten. Redner ging auf die Spezialgesetzgebung über und führte aus, nur durch die organisierte Arbeiterschaft ist es bisher möglich gewesen, die wenigen Rechte, die uns diese Geseze bieten, zu erreichen. Nachdem Redner noch die verschiedenen Sonderorganisation, die sich nach unserem Auftreten im bayrischen Walde gegründet haben, ins richtige Licht gestellt hat, schloß er seinen Vortrag mit den Worten: „Ueberlegen sich die Anwesenden das von mir Ausgeführte und entschließen Sie sich, ob Sie der Organisation beitreten wollen.“ — Er forderte anwesende Gegner auf, sich zum Worte zu melden. Als erster kam der Herr Cooperator zum Worte. Mit dem Meisten vom Referenten angeführten erklärte er sich einverstanden, Organisation muß sein und wir haben das gesetzliche Recht dazu. Aber die vom Referenten angeführte Organisation sei verfehlt, weil sozialdemokratisch, das beweise der Umstand, daß Legien, der Vorsitzende der Gewerkschaften, einmal im Reichstage erklärte, die Gewerkschaften sind die Soldtruppen der Sozialdemokratie. Er schloß mit den Worten, derjenige, welcher noch Liebe zu seinem Heilande und der Kirche hat, der kann sich nicht der vom Referenten angeführten Organisation anschließen. Kollege Oswald erwiderte in gebührender Weise und nach einem nochmaligen scharfen Rekontre wurde zur Abstimmung geschritten. Gegen zwei Stimmen wurde beschlossen, eine Zahlstelle zu gründen. — Zum Vertrauensmann wurde Kollege Michael Mandl, Steinhauer in Wehling, Post Richa v. Wald, gewählt. — Nach einem kräftigen Appell des Kollegen Oswald, nun treu zur Organisation zu halten, wurde die Versammlung geschlossen.

Leipzig II. Am 26. Oktober fand hier eine Versammlung der Marmorarbeiter statt, in welcher Kollege Nisch als Statistiker gewählt wurde. Es wurde beschlossen, da noch einige Hundert der Ausgesperrten wegen Mangel an Rohmaterial keine Arbeit erhalten konnten, noch einige Wochen auf Listen zu sammeln, und den eingegangenen Beitrag baldigst der Geschäftsleitung in Berlin zugehen zu lassen. — Der Delegierte vom Gewerkschaftskartell, sowie der Vertrauensmann gaben einen kurzen Bericht über die im Kartell gepflogenen Unterhandlungen, welchem seitens der Versammelten mit Aufmerksamkeit gefolgt wurde. — Ferner wurde beschlossen, am 11. November im Römischen Hof ein Herbstfest abzuhalten, bestehend aus Vorträgen und Ball. — Zum Schluß folgte noch eine kurze Aufklärung, betreffend genaue Ausfüllung der Statistikkarten.

Lutter a. Erg. (Verspätet eingegangen.) Eine öffentliche Steinarbeiter-Versammlung, in welcher Kollege Müller-Ostwald über „Zweck und Nutzen der Organisation“ referierte, fand am 8. Oktober statt. Redner schildert die Verhältnisse aus den Zeiten, wo die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Meister und Gesellen noch bestanden. Anders liege die Sache heute. Durch den industriellen Fortschritt sind an die Stelle der Meister, Fabrikanten und Unternehmer getreten, und die Arbeiter werden auf alle nur erdenkliche Art ausgebeutet. Um sich gegen die übermäßige Ausbeutung zu schützen, hatten die Arbeiter unseres

Industriezweiges Fachvereine gegründet, welche jedoch viel zu wünschen übrig ließen. An deren Stelle trat unsere jetzige Organisationsform, die überall da, wo die Steinarbeiter diese zur Durchführung bringen, sich gut bewährte und die Mitgliederzahl im stetigen wachen begriffen ist. Eingehend verwies Redner auf unseren mörderischen Beruf mit seinen Mißständen und Gefahren, die lange Arbeitszeit und das frühzeitige Dahinsiechen, denn das Durchschnittsalter beträgt nur 29 Jahre. Um nun gegen Kapitalisten und das heutige Unternehmertum anzukämpfen, müsse man sich organisieren, denn vereinzelt sind wir machtlos, worauf er auch das Beispiel von dem Vater mit den sieben Söhnen und sieben Stäben anführte. — Ein weiterer Faktor, die Arbeiter immer mehr zu drücken und brodtlos zu machen, sei die maschinelle und technische Entwicklung in der Steinindustrie. Es sei eine unserer Hauptaufgaben, die Akkordarbeit abzuschaffen, im andern Falle mindestens nach einem bestimmten Tarif zu arbeiten. In seinen weiteren Ausführungen geißelte er den Terrorismus der Herren Arbeitgeber. Gegen die Massenaussperrung der Steinarbeiter in Dresden erhob er Protest, verwies auf die drohende Gefahr der Zuchthausvorlage und mahnte die Anwesenden zum Beitritt in die Organisation. 18 Kollegen erklärten sich bereit. Als Vertrauensmann wurde Wilhelm Hartung, als Schriftführer Hermann Verwohlt gewählt. — Mit einem Appell an die Anwesenden wurde die Versammlung geschlossen.

Wannheim Am 22. Oktober tagte hier eine gutbesuchte Steinarbeiter-Versammlung. Vom Vertrauensmann wurde die Abrechnung vom Sommerfest und die Jahresabrechnung verlesen und von den Revisoren für richtig befunden. — Nach der Dechargeverteilung wurde die Vorstandswahl vorgenommen. Als erster Vertrauensmann wurde Kollege Kullmann wieder gewählt. Als zweiter Schaub, als Schriftführer Stein, als Revisoren Grein und Stritzinger und als Statistiker wurde Kraft gewählt. In Verschiedenem wurde die Laune der Mannheimer Kollegen, betreffs Abgebung der Statistik kritisiert, und von verschiedenen Seiten erklärt, wie notwendig es sei und welchen Nutzen es habe wenn die Statistik richtig ausgefüllt von Jedem zur rechten Zeit abgeliefert würde. — Weiter kam die Beendigung des Berliner, Bunzlauer, Pirnaer u. s. w. Streiks zur Sprache, und wurde vom Kollegen Kraft ein Antrag gestellt und auch von der Versammlung angenommen, daß noch drei Wochen lang von einem jeden Kollegen die 50 Pf. Streikunterstützung pro Woche zu zahlen seien und die Wanderunterstützung für diejenigen Kollegen verdoppelt werde, welche aus dem Streikgebiet zugereist kommen. Ferner wurde noch die Bauarbeiterkonferenz in Karlsruhe besprochen und daß von uns ein Delegierter geschickt werden müsse. Gewählt wurde hierzu Kollege Kullmann.

Striegau. Am 29. Oktober fand in Gräben eine öffentliche Steinarbeiter-Versammlung statt. — Zuerst erstattete der Vertrauensmann den Kassenbericht vom dritten Quartal, welcher von den Revisoren geprüft und für richtig befunden wurde. Dem Vertrauensmann wurde durch Erheben von den Plätzen gedankt. — Alsdann erstatteten die Platzvertreter Bericht, aus dem zu ersehen war, daß noch sehr viele Mißstände zu beseitigen sind, aber trotzdem unsere Zahlstelle an Mitgliedern zugenommen hat. — In Verschiedenem brachte einer der Anwesenden die Lokalfrage zur Sprache. Es wurde von dem Beisessenden gerügt, daß der Wirth, welcher uns das Lokal zu Versammlungen hergibt, zu wenig unterstützt wird. Weiter wurde die Arbeiterfreundlichkeit des Schraubenfabrikanten Böhmelt ins richtige Licht gestellt. Herr Böhmelt verkauft sehr gerne Fahrräder an organisierte Arbeiter, aber in seiner Werkstatt duldet er keinen. Dem Vorstände des Gewerkschaftskartells, der beauftragt war mit Herrn Böhmelt zu unterhandeln, um eine Kündigung rückgängig zu machen, wies er ganz einfach die Thür und meinte: wenn sie etwas von ihm kaufen wollten, würde er mit ihnen verhandeln, andernfalls sollen sie sofort das Lokal verlassen, er brauche keinen Verein und keine Kommission. Wir möchten den Kollegen rathen diese Worte bei Bedarf von Nädern usw. sich ins Gedächtniß zu rufen. Da Kollege Eisner eine Wiederwahl als Vertrauensmann ablehnte, wurde Kollege Paul Langer als Vertrauensmann und H. Urbanek als Stellvertreter gewählt. — In den Arbeiter-Ausschuß wählte die Versammlung die Kollegen H. Graf und W. Haude in Striegau, D. Richard-Streit, Müller und Günter in Häselicht. In die Kommission für Bauarbeiter-schutz W. Haude und Herrmann. Nachdem noch auf den Werth der Statistik hingewiesen worden war, wurde die nur mäßig besuchte Versammlung geschlossen. — Die Adresse des Vertrauensmannes ist: Steinarbeiter Paul Langer, Striegau, Gräbenstraße 26. Die Vertrauensleute von Tschirnitz und Rosen bitte ich ihre Adresse an mich gelangen zu lassen.

Trübsan. Die am 1. Oktober stattgefundene Steinarbeiterversammlung war etwas flau besucht. Ueberhaupt haben wir einige Kollegen, die sich seit dem 1898er Streik noch in keiner Versammlung haben sehen lassen. Fünf Mitglieder wurden neu aufgenommen, die Zahl stieg somit auf 202. Im Januar waren es bloß 142 Mitglieder. Als Delegierte zur Konferenz wurden gewählt: Schirner, Müller I und II, Beck, Kuspert, Martini, Großschwiz. Die Konferenz fand am 29. Oktober in Brettenbrunn bei Wunsiedel statt. Als Disziplinstatist wählte man: Beck, Müller, Burges, Hofweller, Sittner und Pausch. Die Kollegen haben die Fragebogen richtig auszufüllen. —

(Eine Lehre für Streifbrecher.) Bei unserm 1898er 10wöchigen Streik war ein Steinhauer, der sich mit uns nicht solidarisch erklärte, sondern ruhig fort arbeitete. Lange Zeit spielte er bei den Unternehmern „Liebkind“, welches Verhältnis aber eine Wendung erfahren hat; warum, ist uns selbst räthselhaft, da betreffender Arbeiter kein Blaumacher ist, doch scheint man in anderer Beziehung ein Haar gefunden zu haben. Auf allen Brüchen erhält er keine Arbeit mehr, so daß er gezwungen war, 1 1/2 Stunden weit in Arbeit gehen zu müssen. Doch auch da ist man seiner Dienste sehr bald überdrüssig geworden und hat ihn wiederum entlassen. Die Kollegen veruchten öfters, ihn in unsere Organisation herein zu ziehen, doch meinte er jedesmal: „Von Curer Lumperei mag ich nichts wissen.“ Da es ihm jetzt an den Krügen geht, besinnt er sich eines Andern und wollte in unsere „Lumperei“ (Organisation) aufgenommen werden. Doch hatte er damit kein Glück. Jetzt wären die Organisirten freilich gut, ihm aus der Patzche zu helfen. Hat er seiner Zeit, wo sich um die Interessen der Arbeiter und somit auch um seine Interessen handelte, so unsolidarisch gehandelt, so mag er auch jetzt die sich gebaute Stufe in den Unternehmerrhimmel betreten. Verachtet von beiden Seiten, das ist der Erfolg des „Arbeitswilligen“.

und daß er von den Unternehmern noch mehr verachtet wird, als von uns, beweist ein Ausspruch eines solchen, der da sagte: „Wenn man einen Lumpen fortsticht, um die Bude auszuräumen, so ist gleich ein anderer Meister da, der ihn wieder aufnimmt.“ Die Aufnahmerei wird für ihn immer schwieriger, da ein Meister zu ihm sagte: „Weißt du bist halt verplaudert.“ Also schwarze Listen für Unliebsame und noch dazu für einen ehemaligen — Arbeitswilligen. So schwindet der Glanz der Zeit.

Wenig-Rachwitz. Am 25. Oktober hielten die organisirten Steinarbeiter von Wenig-Rachwitz und Umgegend eine gut besuchte öffentliche Versammlung. Der Vertrauensmann verlas die Abrechnung vom 3. Quartal, welche von den Revisoren für richtig befunden und dem Vertrauensmann Decharge erteilt wurde. — Kollege Gulzig erstattete Bericht über die Einnahmen und Ausgaben des Streiks, welche zwar noch nicht abgerechnet, aber doch schon eine ziemliche Uebersicht ergab. Es wurde beschlossen, anstatt 1 1/2 von jetzt 2 pCt. zu zahlen, damit unsere Kasse wieder geklärt wird und wir im Stande sind, uns bei unseren Kollegen und den anderen Gewerkschaften späterhin zu revangieren. — Große Empörung rief das Verbot des Buderrechts hervor. Eine längere Debatte ergab, daß wir nicht gewillt sind, uns als Zuchthäusler behandeln zu lassen. Das Buderrecht bezieht nur zur Aufrechterhaltung der Ordnung und das wollen die Herren Meister verbieten. Sie lieben eben das Wilde. Es wurde beschlossen, nochmals beim Werkführer vorstellig zu werden, damit wir unter Buderrecht wieder so wie früher abhalten können. — Nachdem der Vorsitzende die Kollegen aufgefordert, sich mit den Arbeitswilligen nicht in Nebenarten und dergleichen einzulassen, wurde die Versammlung geschlossen.

Von den Steinarbeitern Oesterreichs.

Wer die erschreckend zunehmende Arbeitslosigkeit im Steingewerbe genau verfolgt, wird zur Einsicht kommen, daß hier dringend Abhilfe nothwendig ist; wird aber auch fragen müssen, ob wirklich Mangel an Arbeit der Grund ist, weshalb beinahe zwei Drittel der Steinarbeiter beschäftigungslos herumlaufen und auf Gelegenheitsarbeit angewiesen sind.

Man sollte meinen, daß auch in maßgebenden Kreisen die Veredelung der arbeitenden Klassen einiges Bedenken hervorrufen müßte, aber weit gefehlt; die Leute haben dringendere Sachen zu erledigen, als darüber nachzudenken, welche Consequenzen der wirtschaftliche Ruin des Proletariats nach sich ziehen muß. „Schutz den Arbeitswilligen“ ist heute das Schlagwort des Unternehmertums, und dem muß unter allen Umständen Rechnung getragen werden.

Nun ja, giebt es nicht Arbeitswillige genug? Oder haben die in den Straßen herumlaufenden Arbeiter erklärt, nicht arbeiten zu wollen? Warum gewährt man ihnen nicht Schutz gegen Hunger, Noth und Glend? Wo ist die nothwendige Arbeit für diese Parias der Gesellschaft? Es sind ja Arbeiten genug auszuführen, welche hinreichend wären, die Noth der arbeitenden Bevölkerung nicht so fühlbar zu machen. Aber da hat es gute Wege; ja, wenn es sich um neue Kanonen handeln würde, darüber ließe sich sprechen, so aber sind es Arbeitsnothen, welche fressen wollen, da wird man sich doch nicht strapazieren.

Die Arbeiter der Steinbranche haben es jetzt wirklich nothwendig, sich zu rühren und Arbeit zu verlangen, sie ist vorhanden, wird aber verzettelt und zielweise in Angriff genommen, damit das Unternehmertum unter Hinweis auf Arbeitsmangel den größtmöglichen Profit einheimen kann. Daher haben es die Herren nicht nöthig, auf Arbeit zu dringen, für sie ist jetzt Schonzeit, denn sie haben ihr Schäfchen im Trockenen.

Es ist nun Sache der Arbeiter, maßgebenden Ortes anzufragen; hat man gefunden, daß das Proletariat zur direkten Steuerleistung in Form der Personaleinkommensteuer heranzuziehen sei, so liegt auch die moralische Verpflichtung vor, für Beschäftigung zu sorgen; hat die Arbeiterschaft Pflichten, dann gebühren ihr auch Rechte.

R u n d s c h a u.

Aus dem Blut der „harmlosen“ Steinarbeiter aus Glatz geht uns die Nachricht zu, daß wegen Propaganda zur Organisation ein Kollege in Mittelstein und ein solcher in Wöhltzen entlassen wurden.

Ob nun derartige Maßnahmen dazu dienen, die Aufklärung aus der Heuschauer zu verbannen, mögen die Herren Knatrich & Komp. wohl selbst kaum glauben und selbst wenn sie eine chinesische Mauer um die Heuschauer ziehen würden, so kommt dann eine Bewegung um so überraschender.

Zur Zuchthausvorlage. [Posadowsky an der Arbeit. Der „Niederrh. Volkstribüne“ sind einige amtliche Schriftstücke in die Hände gefallen, welche das eifrige Bestreben Posadowsky's zeigen, seinem berühmten Denkschrifts-Angebotschlag einen Anhang zu geben, der Zahlen bringt. Von den preussischen Ministern des Innern und für Handel und Gewerbe ist zunächst ein Rundschreiben, datirt vom 19. August, ergangen, welches

für eine Streikstatistik eine Reihe von Anordnungen trifft, gegen die an und für sich nichts eingewendet werden könnte, wenn nur irgend eine Garantie für wirklich objektive Berichterstattung gegeben wäre, was aber natürlich nicht der Fall ist, wenn obere und untere Polizeibeamte des Material schaffen müssen. Doch der eigentliche Zweck dieser sogenannten Statistik erhellt mit aller wünschenswerthen Deutlichkeit aus dem Frage-schemata. Da lautet in Schema A die 13. Frage:

„Inwieweit haben während des Streiks Arbeitswillige geschützt werden müssen? Inwieweit hat der Streik sonst zu polizeilichen Maßnahmen Anlaß gegeben?“

Und ebenso deutlich ist der 14. Punkt:

„Bemerkungen (auch Mittheilung darüber, ob aus Anlaß des Streiks die Staatsanwaltschaft in Anspruch genommen ist und weswegen, sowie über die nachweisbaren Verluste an Arbeitslohn aus Anlaß des Streiks).“

Dem Reichstage dürfte also die Aufgabe erwachsen, auch noch „zahlenmäßige Nachweise“ des Herrn v. Posadowsky zu zerpfücken. Es wird ein nettes Material werden, was durch diese neue Umfrage herbeigeschafft wird.

Wie Posadowsky-Patronenfabriziert werden. Großer Jubel herrschte dieser Tage in der gesammten bürgerlichen Presse. Denn das, worauf man seit Monaten, seit Jahren vergeblich gewartet hatte — endlich war es eingetroffen. Arbeiter, leibhaftige Arbeiter protestirten gegen den „Terrorismus der Streikheger“ und treten damit indirekt ein für das Ausnahmefesetz.

Aus Krefeld wurde nämlich unterm 10. Oktober telegraphirt: Sämmtliche 416 heute arbeitenden Färber und Mädchen der beiden vom Auslande betroffenen Großfärbereien richteten eine Eingabe an den Oberbürgermeister, worin sie wegen fortgesetzter Bedrohungen um polizeilichen Schutz und Aufhebung der Streikposten bitten.

Frohlockend verkündet die „Köln. Ztg.“: Es ist ein sehr bedeutsamer Vorgang, daß zahlreiche Arbeitswillige, die sich durch den Terrorismus der Ausständigen in ihrem einfachsten Menschenrecht bedroht fühlen, sich an die Behörden mit der Bitte um polizeilichen Schutz und um Aufhebung der Streikposten wenden. Die Auffassung, daß der tragende Grundgedanke der sogenannten Zuchtshausvorlage durchaus berechtigt sei, erhält dadurch eine glänzende Bestätigung. Gewiß muß es den Ausständigen unbenommen sein, mit allen erlaubten Mitteln für ihre Sache zu werben, aber sie müssen unbedingt Halt machen vor dem unantastbaren Recht ihrer Mitarbeiter, sich ihnen anzuschließen oder aber ihrem Erwerbe unbehelligt nachzugehen, wo sie wollen. Die vielumstrittene Vorlage ist herausgewachsen aus der Erfahrung, daß dieses gute Recht von dem leidenschaftlichen Egoismus der Ausständigen vielfach mit Füßen getreten worden ist. Die Arbeitswilligen können mit Fug verlangen, daß sie in der Freiheit ihrer Entschliebung, in der Freiheit der Verwerthung ihrer Kraft so wirksam geschützt werden, wie es möglich ist.

Die Arbeiterblätter des Rheinlandes bezeichnen die Eingabe sogleich als ein Machwerk der Unternehmer. Hätte es dafür noch eines Beweises bedurft, so ist dieser nunmehr auch geliefert. Der betreffenden Eingabe war nämlich — was natürlich die bürgerliche Presse sorgsam verschwiegen hat — folgendes Begleitschreiben der Firma Büschgens & Sohn beigegeben:

Krefeld, 10. Oktober 1899.

An den Geheimrath Herrn Oberbürgermeister Küper
Hochwohlgeboren

Krefeld.

Wir beehren uns, Euer Hochwohlgeboren eine uns von unseren Arbeitern übergebene und an Sie gerichtete Eingabe mit der Bitte zu überreichen, dieser Eingabe nach Möglichkeit zu willfahren. — Vorzüglich aber ein Verbot gegen die, die Arbeitswilligkeit dieser Personen und mit ihnen von vielen der noch ausständigen Färber beeinträchtigenden Streikposten zu erlassen oder höheren Ortes zu beantragen.

Hochachtungsvoll

Färberei A.-G. Büschgens u. Sohn.
gez. A. Büschgens.

Aller Wahrscheinlichkeit nach haben die von der Firma schamlos gemißbrauchten und durch das in Krefeld immer noch mächtige Pfaffenregiment verdummten Arbeiter und Arbeiterinnen garnicht gewußt, was sie unterschrieben haben. Dem „Vorwärts“ wird nämlich aus Krefeld geschrieben:

„Die große Masse dieser Leute hat die Eingabe unterzeichnet in der Annahme, es handele sich um ein Schreiben an das Streikkomitee; sie hat den Eindruck gehabt, als ob mit den Streikenden Verhandlungen angeknüpft werden sollten. Vom Oberbürgermeisteramt ist ihnen nicht gesprochen worden.“

Doch Posadowsky wird die Eingabe der Fabrikanten immerhin als „schätzbares Material“ betrachten. Wählerisch darf er ja nicht sein. Und schließlich hat der Patronen-Posadowsky so gut wie jeder Andere das unveräußerliche Menschenrecht, sich so sehr wie nur irgend möglich zu blamieren.

Der ehemalige Pastor Göhre soll Lust haben, Sozialdemokrat zu werden. Da würde sich sicherlich der opportunistische Flügel unserer Partei um ein redigierendes Mitglied im fabianistischen Sinne verstärken, nicht gerade zum Vorteil der Gesamtpartei. Oder sollten wir darin irren? Diejenigen, die ihren Tag von Damaskus erleben, wenn sie ihn wirklich innerlich erleben, sind freilich manchmal die tüchtigsten Apostel geworden. Indessen der Tag kommt in der Regel nicht nach langer Ueberlegung. Die Begeisterung entsteht mit einem Schlage, sie ist eine „Erweckung“, ein „Wunder“ wie die Kirche sagt. Was so aus dem Schwanken und Ueberlegen herauswächst, ist meistens ein schlaffes Reiz, das in der Hitze der Arbeit und Gefahr verwehlt. Wir müssen es abwarten.

Eine Hege veranstalteten in den letzten Tagen die Scharfmacherblätter und ein Theil der nationalliberalen Presse gegen den Reichstagsabgeordneten Dr. Baffermann, der in einer Versammlung in Hockenheim geäußert hat, „er werde nach wie vor seinen ablehnenden Standpunkt gegen die Zuchtshausvorlage beibehalten. Die von der Großindustrie und ihrer Presse ausgegangene Agitation für den Schutz der Arbeitswilligen sei eitel Heuchelei. Nicht um den Schutz der Arbeitswilligen handle es sich in dieser Agitation, sondern um den Schutz der höchst eigenen Interessen und um die Pflege der eigenen Machtbedürfnisse.“ Dr. Baffermann ist nationalliberal, er muß also die Gesinnung seiner Parteifreunde genau kennen.

Wer liefert die billigsten Arbeiterknochen? Die Anstreicharbeiten für die neue Eisenbahn-Elbbrücke in Dresden, annähernd 49 000 qm Anstreichfläche umfassend, einschließlich aller Rüstungen und Materialien, waren zur Submission ausgeschrieben worden. Um diese Arbeit hatten sich 18 Leute beworben; von diesen lautete die höchste Forderung Mk. 100 900, die niedrigste Mk. 19 845. Differenz Mk. 81 055.

Die Novelle zum Unfallversicherungsgesetz, die bei Schluß der vorigen Legislaturperiode unerledigt blieb, nachdem sich die Kommission, welche sie vorberathen, zu arbeiterfreundlich gezeigt hatte, soll nicht wieder eingebracht werden, sondern auf dem Rehricht-haufen verfaulen. In den Zeitungen, welche der Leitung des Reichstages nahestehen, wird der Inhalt einer neuen Novelle angedeutet. Demnach bezweckt dieselbe eine Ausdehnung des Kreises der Unfallversicherungs-pflichtigen, eine Verkürzung der Karenzzeit in Ausnahmefällen und eine Beschränkung des Rechtsmittels des Rekurses an das Reichsversicherungsamt. Sieht man von den wohlklingenden Worten ab, dann ergibt sich, daß die Regierung auch mit dieser Vorlage wieder die Geschäfte des Zentralverbandes der Industriellen besorgt.

Internationaler Sozialistenkongreß 1900 in Paris. Die provisorische Tagesordnung lautet: 1. Ausführung der Beschlüsse des Kongresses. Untersuchung und Anwendung der zur internationalen Verständigung, Organisation und Aktion der Arbeiter und Sozialisten geeigneten Mittel. 2. Internationaler Arbeiterschutz durch gesetzliche Beschränkung des Arbeitstages. Diskussion über die Möglichkeit eines Minimallohnes in den verschiedenen Ländern. 3. Nothwendige Bedingung der Befreiung der Arbeit: a) Aktion des als Klassenpartei organisierten Proletariats; b) politische und ökonomische Expropriation der Bourgeoisie; c) Bergesellschaftung der Produktionsmittel. 4. Internationaler Friede, Militarismus, Abschaffung der stehenden Heere. 5. Kolonialpolitik. 6. Organisation der Seelente. 7. Der Kampf für das allgemeine Wahlrecht und die direkte Gesetzgebung durch das Volk. 8. Kommunalsozialismus. 9. Die Eroberung der politischen Macht und die Bündnisse mit bürgerlichen Parteien. 10. Der 1. Mai. 11. Die Allemanisten haben zu dieser Tagesordnung noch folgendes Amendement vorgeschlagen: „Macht die fortschreitende Konzentration des Kapitals die aus der Konkurrenz entstehende, durch politische Mittel nicht zu beseitigende ökonomische Anarchie und die daraus entspringende fortwährende Verschlechterung der Lebenshaltung der Arbeiter nicht einen direkten Konflikt zwischen Kapital und Arbeit unvermeidlich, der die Form eines Generalstreiks annehmen wird?“ (Der Generalstreik ist gemeint, den die Mehrheit der Delegirten in Brüssel nicht offiziell auf die Tagesordnung setzen wollte.) Das Datum des Kongresses wird erst später festgesetzt werden.

Die Wahlen zur Handwerkerkammer werden, wie Handwerkervertretern behördlicherseits auf ihre Anfragen mitgetheilt worden ist, bestimmt im November stattfinden. Auf die kleineren Innungen (Handwerker-vereinigungen) ist insofern Rücksicht genommen worden, als Innungen mit 20 Mitgliedern schon berechtigt sind, einen Vertreter in die Handwerkerkammer zu wählen. Die Zahl der zu wählenden Vertreter verringert sich prozentual nach der Stärke der Korporationen.

In Berlin sind bereits Schritte gethan, um die Gesellen der Innungsausschüsse zu gemeinsamen Versammlungen zu berufen, behufs Feststellung der Kandidatenlisten. Man möge auch in anderen Orten an die Arbeit gehen.

Die Streikabrechnung vom Krefelder Sammet-weberstreik berichtet: Es gingen insgesammt an Unterstützungen für die Streikenden aus allen Theilen der Welt 251 437,38 Mk. ein, die auch fast ganz für die Streikenden Verwendung fanden. In der Abrechnung wird darauf aufmerksam gemacht, daß 90 pCt. der Streikenden den freien Verbänden (dem Verbands der heimischen Weber und dem Textilarbeiter-Verbands) angehört, und nicht, wie vielfach angenommen wurde, den konfessionellen Textilarbeitervereinen, die in Krefeld und überhaupt am Niederrhein stark vertreten sind. Die Gesamtzahl der Unterstützten betrug 1800, und der Streik dauerte im Ganzen 16 Wochen.

Das Steigen der Preise für Nahrungsmittel und Konsumartikel macht sich in empfindlichster Weise bemerkbar. Nach und nach werden alle Produkte theurer, die von der ärmeren Bevölkerung in Massen gekauft werden müssen. Die Preissteigerung in Petroleum hält an, dazu kommt jetzt noch die Vertheuerung des Heizmaterials jeder Art. Außer Holz und Kohlen sind auch Brechkohlen das Hauptfeuerungsmittel in Berlin, und zwar letztere ganz bedeutend, im Preise in die Höhe gegangen. Selbst für „Bruch“, so werden zerbrochene und zerbröckelte Brechkohlen genannt, müssen 5 Pf. pro Scheffel mehr gezahlt werden. Ein derartiger Aufschlag galt bisher in Berlin als unerhört. Man befürchtet, daß auch die billige Roaksorte demnächst eine Preissteigerung erfahren wird. Die Butter ist, wie der technische Ausdruck lautet, „knapp“ geworden und muß demzufolge zu erhöhten Preisen mit 10 bis 20 Pfennig Aufschlag gekauft werden. Die Zufuhr an Fischen ist neuerdings geringer geworden, man kann also auch hier mit Preissteigerungen rechnen. Langsam steigen auch die Preise für besseres Fleisch; die billigeren Sorten werden wohl noch folgen. Es ist als ein Glück zu bezeichnen, daß die Kartoffeln bisher noch auf ihrem alten Stande verharren. Dadurch wird die äußerste Noth bei vielen armen Familien hintangehalten.

Eine Verbesserung der Löhne ist also durchaus nothwendig und bei dem guten Geschäftsgange auch leicht möglich.

Aber nicht nur die Nahrungsmittel, sondern auch andere Lebensmittel sind in rascher Preissteigerung begriffen. Die Kohlenringe haben für das Jahr 1900 eine Preissteigerung der Kohlen im Großhandel von 8,50 auf 10,50 Mark befreit, und wird die Erhöhung um fast 25 pCt. unweigerlich gezahlt werden müssen. Dafür wird der Kleinhandel seine Preise auch angemessen steigern. Auch diese Preissteigerung drängt zur Lohnerhöhung.

Italienischer Eisenbahnbedarf. Für die italienischen Staatsbahnen, die analog den übrigen Verhältnissen Italiens unter aller Kritik sind, werden gegenwärtig 112 Lokomotiven und 1050 Wagen angefertigt, ferner ist für das Jahr 1900 die Anschaffung weiterer 111 Lokomotiven, 458 Personen-, 56 Gepäc- und 3050 Güterwagen in Aussicht genommen, wofür die Summe von 43 Millionen Franken bewilligt werden soll. Die Hälfte dieser Anschaffungen soll der italienischen Industrie ohne Weiteres überlassen bleiben, während für die andere Hälfte die Konkurrenz der Ausländer mit den Italienern zugelassen wird.

Englisch-amerikanischer Wettbewerb auf dem Weltmarkte. Für eine Eisenbahn im Sudan war eine Brücke ausgeschrieben. Eine englische Firma verlangte dafür 210 000 M. und 195 Tage Lieferungsfrist, eine amerikanische Firma 130 000 M. und 42-tägige Lieferfrist. Natürlich kam der Auftrag nach Amerika. Die Differenz in beiden Punkten ist eine fast unglaublich große, der englische Preis um mehr als 1/3 höher und die Lieferfrist fast 5 Mal so lang. Man kann annehmen, daß die amerikanischen Firmen so viel Zeit gewinnen, weil sie sich an feststehende Muster halten, sowohl bei Lokomotiven als Brücken. Sie haben daher ihre Zeichnungen, Gußformen u. s. w. immer zur Hand und können sofort nach Einlauf der Bestellung mit der Arbeit beginnen.

Cichorie ist bekanntlich ein schwarzer Schmutz, der sehr gut geeignet ist, den besten Kaffee zu verderben. Er wird zum Theil aus der Cichorien-Wurzel bereitet, zum größeren Theil aus anderen, Wasser braunfärbenden Stoffen. Jetzt ist die Zeit, in welcher die diesjährigen Cichorien-Wurzeln an den Markt kommen. Sie kommen gedörrt und werden in Magdeburg, wo das Zeug seine Verkaufsstelle hat, gewaschen und gedörrt mit 13,50 Mk. für den Zentner bezahlt. Auf dem Hektar baute man in diesem Jahre bis zu 32 000 Kilogramm, im Durchschnitt 23 000 Kilogramm.

Man ist mit der diesjährigen Ernte nicht sonderlich zufrieden.

Der massenhafte Cichorienverbrauch in Deutschland ist eine Folge der schlechten Arbeitslöhne, die den Arbeiterfamilien selbst die billigsten Kaffeebohnen zu theuer erscheinen läßt. Auch hat man sich dieserhalb an den scheußlichen Geschmack so gewöhnt, daß er manchem zum Bedürfnis geworden ist. Da der Cichorie der wesentliche Bestandtheil des Kaffees, das Koffein, das ihm die anregende Wirkung giebt, vollständig fehlt und sie nur braungefärbtes Wasser mit einigen brenzlichen Oelen

liefert, regt der Sichorien-Aufguss den Magen und die Nerven nicht an. Sie ist zur Kartoffelkost der armen Weber also keine Verbesserung, sondern nur eine Augen-täuschung und durch ihren Bitterstoff den Gaumen etwas reizend, ein rechtes echtes Genussmittel der Proletarier. Ihr Massenverbrauch ist ein deutliches Kennzeichen der elenden Lage der Arbeiter Deutschlands.

Quittung

über die vom 18. bis 30. Oktober 1899 bei der Geschäftsleitung eingelaufenen Gelder.

Köln a. Rh., (Steinmehlen) Beitrag 25,—; Wandersleben, Beitrag 18,—; Striegau, Beitrag 200,—; Streifunterst. 100,—; Hamburg I, Streifunterst. 97,05; Demitz-Thumitz, Beitrag 100,—; Eisdorf, Streifunterst. 80,50, Beitrag 219,50; Köln a. Rh. I, (Marmorarbeiter) Streifunterst. 42,—; Eisenach, Streifunterst. 11,55; Droyßig, Beitrag 40,—; Lübeck, Streifunterst. 14,30; Bildhauer Hildesheim, Streifunterst. 16,30; Heilbronn, Beitrag 20,—; Bildhauer Braunschweig, Streifunterst. 17,—; Löbau, Streifunterst. 50,—; Springe, Streifunterst. 25,—; Coblenz, Streifunterst. 18,80; Wellshausen, Streifunterst. 8,70; Cassel, Streifunterst. 29,75; Sternensfels, Material 8,75; Hand-schuhmacher Stüttgart, Streifunterst. 10,—; Heilbronn, Ungenannt Streifunterst. 10,—; Kothof, Streifunterst. 25,30, Beitrag 20,—; Frankfurt (Regierungs-Neubau), in 2 Posten Streifunterst. 58,40; München, Streifunterst. 3,— und 2,—; Egg, Streifunterst. 6,25, Leipzig Beitrag 200,—; Reichenberg (Böhmen), Streifunterst. 15,28; Volleben, Streifunterst. 2,70; Weklar, Beitrag 60,—; Stein, Bildhauer, Nordhausen, Streifunterst. 6,—; Wittweida, Streifunterst. 27,10; Mühlhausen 16,—; München, Streifunterst. 97,60; Coburg, Beitr. 40,—, Streifunterst. 10,50; Arnsdorf D./L., Streifunterst. 5,80; Budapest, Streifunterst. 67,81; Zentral-Verband der Maurer 1000,—; Berlin I, Beitr. 500,—; Gießen, Streifunterst. 5,60; Gewerkschafts-Partei Stendal, Streifunterst. 10,—; Gewerkschafts-Partei Dessau, Streifunterst. 30,—; Porzellanarbeiter, Berlin, Streifunterst. 10,—; Avensteden, Beitr. 100,—; Freiburg im Breisgau, Streifunterst. 1,50, Beitr. 100,—; Niesa, Material 3,—; Diez a. Lahn, Material 80,—; Frankfurt a. M., Streifunterst. 65,50, Material 34,50; Nebra, Streifunterst. 50,—; Schwarzenbach a. S., Streifunterst. 74,10, Material 135,13; Holzarbeiter Zeitz, Streifunterst. 25,—; Buchholersdorf (Vestertal), Streifunterst. 8,49; Zwickau, Streifunterst. 50,—; Gewerkschafts-Partei Waldheim, Streifunterst. 40,—; Blaubeurg, Streifunterst. 20,—; Steinarbeiter Dänemarks 100,—; Chemnitz, Streifunterst. 6,— d. Stoy; Coblenz, Platz Landmann, Streifunterst. 38,30; Mühlhausen i. Glf. Streifunterst. 44,—; Bruchmühl, Streifunterst. 5,—; Tarnowitz Streifunterst. 14,—; Postnef Streifunterst. 12,10; Friedberg, Ober Mörten, Streifunterst. 18,60; Woll-gast Streifunterst. 9,80; ein Arbeitgeber Berlin Streifunterst. 30,—; Weißen (Elbe) Streifunterst. 30,55; Bildhauer Düsseldorf Streifunterst. 11,50; Mehle Osterwald Beitrag 70,—; Streifunterst. gesammelt am Bierisch Schönhauser Allee, 10,05; Karlsruhe Streifunterst. 46,30; Mainz Beitrag 100,—; Wandersleben Streifunterst. 14,—; Leipzig I Beitrag 50,—, Streifunterst. 100,—; Striegau Streifunterst. 100,—; Kiel d. B. Streifunterst. 32,—; Lübeck Streifunterst. 9,80; Arnsdorf Beitrag 124,60; Schwarzenbach a. S. Gegenrechnung 22,90; Gewerkschafts-Partei Celle Streifunterst. 10,—; Malsburg i. Schwarzwald Streifunterst. 8,55; Reßelsdorf Streifunterst. 30,—; Lutter a. Vbg Streifunterst. 15,75; Dessau Streifunterst. 8,50, Beitrag 60,—; Hamm i. Westf. Beitrag 10,—; Burgpreppach Material 58,50; Löbau Beitrag 200,—; Hamburg I Streifunterst. 83,60; Beuthen i. Oberschl. d. T. Material 36,—; Braunschweig Streifunterst. 9,30, Material 27,—; Zürich d. M. Streifunterst. 12,50; Trier, Streifunterst. 11,25; Frankfurt a. D. Beitrag 26,40, Streifunterst. 16,50; Gewerkschafts-Partei Pirna 240,—; München Pohls Verlag 1,20; Wiesbaden Beitr. 100,—; Hemsbach Streifunterst. 6,60, Beitr. 40,—; Rinnbach, Streifunterst. 5,20; Birkenau, Streifunterst. 3,60; Hildesheim, Streifunterst. 34,—; Markneukirchen, Streifunterst. 5,—; Mehle-Osterwald, Beitrag 40,—, Streifunterst. 14,—; Buchdrucker Danzig, Streifunterst. 28,15; Weißenstadt, Streifunterst. 9,90, Beitrag 80,—; Straburg, Streifunterst. 150,—; Gesangsverein der Maurer in Celle, Streifunterst. 25,—; Steinarbeiter Oberalm-Halleim in Oesterreich Streifunterst. 21,48; Schwarzenbach a. S., Streifunterst. 62,70; Plauen i. V., Streifunterst. 36,89; Bayreuth, Streifunterst. 10,—, Beitrag 100,—; Elberfeld, Streifunterst. 30,—; London d. R., Streifunterst. 18,06; Steinarbeiter-Verband Schwedens 100,—; Gegenrechnung Frankfurt a. M. 220,—; Schwarzenbach a. S. 64,87; Mehle-Osterwald 15,50; Leipzig I 130,70; Königshain D. L., Streifunterst. 5,15; Kottwerndorf, Beitrag 100,—; Prosch-witz d. S., Streifunterst. 12,41; Bremen, Beitrag 117,—; Gewerkschafts-Partei Bremen, Streifunterst. 50,—; Hameln, Streifunterst. 13,88; Rodnitz, Beitrag 100,—; Nürnberg, Streifunterst. 27,15; Streifunterst. 33,60, Beitrag 50,82 Mt.

Die Geschäftsleitung der Steinarbeiter Deutschlands.

J. A.: Paul Mitschke.

Quittung

über die bei der Expedition des „Steinarbeiter“ vom 18. bis 30. Oktober 1899 eingelaufenen Gelder.

Bromberg —90; Demitz-Thumitz 23,60; Weissen-see, Büttner —90; Wittenberg 11,40; Wellshausen 6,80; Wladenburg 10,80; Eshenwerda 1,—; Spielberg 3,60; V. A. Kamenz in Schlesien —90; Wittweida 6,—; Bunzlau, Tische 1,90; Leipzig 107,30; Meran, Dettler, G. 1,53; Niesa 48,—; Sternensfels 5,10; Coesfeld —90; Diez a. Lahn 15,—; Berlin, Fendler 5,40, Jltter —90, Herm. Müller —90; Cottbus 1,20; Neupaulsdorf 3,18; Dsnabrid 9,—; Zwickau —90; Neutaubenheim 2,20; Berlin, Peter 1,80; Bruchmühl 1,20; Arnstadt 1,80; Wandersleben 24,—; Berlin, Fürstenberg 1,80; Brandenburg 10,80; Dessau 6,—; Berlin, B. Schulze 1,—; Bürgstadt 8,40; Krumbach b. Cassel 4,20; Beuthen, L. 12,—; Kienitz II —90; Weißenstadt 3,—; Honef 1,25; Rudolstadt 1,20; London 5,40; Königshain 1,80; Gröschneruth 35,60 (dieser Betrag ist bereits in Nr. 42

unter Streifunterstützung irrtümlich quittiert); Schöneberg, Lehmann 1,60; Gothen 2,40; Zürich, Schneider, Bildh. —90; Kapberg 7,—; Rodnitz 21,60; Nürnberg 18,50; Bremen 27,15 Mt.

Die Expedition des „Steinarbeiter“.

J. A.: P. Mitschke.

Zu berichten ist, daß es in Nr. 40 des „Steinarbeiter“ unter Straburg anstatt 2,60 **260,—** heißen soll und in Nr. 42 soll es heißen Springe, Beitrag 60,— nicht Streifunterstützung.

Anzeigen.

Die Steinarbeiter von Tschirnitz und Um-gegend feiern am Sonntag, den 5. November ihr

1. Stiftungs-Fest,

verbunden mit grosser humoristischer Soirée, aus-geführt vom A.-G.-B. „Sängerfranz“ aus Liegnitz.

Nachher:

→ TANZKRAENZCHEN. ←

Programm 30 Pfg.

Anfang Nachmittag 6 Uhr im Saale der Brauerei Girlachsdorf.

Kollegen von Nah und Fern sind hierzu eingeladen.

Das Komitee.

Die Zahlstelle Nürnberg des deutschen Steinarbeiterverbandes

hält am Sonntag, den 5. November, im Saale der „Goldenen Rose“ (Weberplatz) unter der ge-fälligen Mitwirkung der beiden Arbeiter-Gesangsvereine „Sichtenhof“ und „Vorwärts St. Johannis“, sowie des verehrlichen Arbeiter-Vereins „Glatshammer“ ein

großes Konzert

zum Besten des Agitations- und Streifonds ab. Saal-Öffnung 5 Uhr. Anfang 6 Uhr. Programm à 20 Pf. Das Comité.

J. A.: Rosp. Schönstein, Vertrauensmann.

Bekanntmachung.

Gefunden in Mannheim wurde das Beitragsbuch von Joh. Müller aus Nürnberg. Unter Angabe des Geburtsortes und Ortes wo das Buch ausgestellt ist, erfolgt die Aushändigung desselben.

J. Mitschke.

Die Adresse des neugewählten Vertrauensmannes für Mainz ist Rudolf Frischau, Quintinsgasse Nr. 17. Bei allen Anfragen und Sendungen wolle man dieses beachten.

Ich bitte die Vertrauensleute aller Orts dem Kollegen Friedrich Volk aus Heubach, geb. den 14. Nov. 1871 kein neues Buch auszuspielen, da dasselbe hier liegt und noch Verpflichtungen darauf sind.

R. Frischau, Vertrauensmann Mainz, Quintinsgasse Nr. 17.

Vortheilhaft und unentbehrlich

für jeden Grabdenkmal-Verkäufer, vor-züglich für Anfänger, ist

G. Steins Musterbuch

unter besonderer Berücksichtigung der Granitbranche, nebst beigegebener, der Zeit angepaßter

Hauptpreisliste für Granit- und Marmorwaaren etc.,

sowie Anleitung zur Selbstberechnung. Zur Vervollkom-mung des ganzen Werkes ist der zweite Theil — Buch B — seit mehreren Monaten zur Ausgabe gelangt und zwar auf Wunsch mit **Gratisbeigaben** bestens in Lichtdruck ausgeführter Musterkataloge nebst Preisverzeichnis für Porzellan und Terracottawaaren.

Dasselbe verlanget man: A und B einzeln gebunden à 16 Mk., zusammen bezogen oder als Doppelbuch ge-bunden 30 Mk. vom Herausgeber und Verleger

Gustav Stein,

Dresden-Striesen, Eisenachstraße 5, Kommissionsgeschäft für Marmor und Granitwaaren.

Gleichzeitig offerire „ausprobirte Schriftdiamanten“ à 4—6 Mark unter Nachnahme und mache auf meine wundervollen

Geschäftskarten und Plakate aufmerksam, wovon Muster gern zu Diensten stehen.

Die Vertrauensleute allerorts werden ersucht, den Steinmehlen Otto Schmidt aus Görlitz, geb. 1875, welcher jetzt in Döbeln arbeitet, kein neues Buch aus-zustellen. Selbiger ist vielfach aufgefordert worden seinen Pflichten nachzukommen.

Karl Loose, Vertrauensmann Liegnitz.

Achtung!

Die Vertrauensmänner sowie die Kollegen werden ersucht die Adresse von dem Vertrauensmann Jakob Haas, Horst a. d. Ruhr nach Essen zu senden. Selbiger ist seinen Verpflichtungen nicht nachgekommen.

Auch ersuche ich die Vertrauensmänner die Adresse von Joseph Schürmann, geboren zu Gleibitz bei Salken mir zuzusenden.

Der Vertrauensmann.

Peter Schmitz, Holsterhausen b. Essen. Kremensstraße 9.

Ich versende

12 Stück Steinmehlküpfel

aus prima Weisbuche für 10 Mk. sortirt von 15—19 cm Durchm., sortirt von 16—21 cm Durchm. von 12 Mk., alle anderen Stärken laut Verzeichniß. Nur hochfeine Waare. Größtes Geschäft in der Branche. Nur Nachnahme. Versand nicht unter 12 Stück.

Walter Lauterwald, Gisleben.

Soeben ist im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW., erschienen und durch alle Kol-porteure zu beziehen:

Kein Kompromiss! * * * * *

Kein Wahlbündniß!

Von Wilhelm Liebknecht.

Preis 10 Pf. * Porto 3 Pf.

In der Broschüre legt Liebknecht „im Auftrage von Genossen Berlins und Umgebung“ seinen Stand-punkt dar zu den gegenwärtig in der Partei spielen-den Streitfragen über Bernstein, Taktik der bayrischen Landtagswahl-Abmachungen, den Eintritt Millerands ins französische Ministerium usw. — ein Standpunkt, der schon im Titel seinen klaren Ausdruck findet. Um der Broschüre größte Verbreitungsmöglichkeit zu geben, wurde der Preis auf nur 10 Pf. festgesetzt. Zu beziehen durch jede Partei-Buchhandlung und Kolporteurs.

Nachruf.

Am 12. Oktober starb unser Kollege der Steinmeh

Theobald Bauer

im Alter von 40 Jahren an der Berufskrankheit.

Ehre seinem Andenken.

Die Organisation der Steinarbeiter von Riesa.

Organisation der Steinarbeiter Berlin I.

Am 30. Oktober verschied nach 10 wöchent-lichem Krankenlager an der Lungenschwindsucht unser Kollege

Ernst Gruschke

geboren zu Friedeberg am 30. März 1872.

Ehre seinem Andenken.

Die Beerdigung findet Freitag den 3. Nov. Nachmittags 4 Uhr von der Leichenhalle des Andreas-Friedhofs, Hohenschönhausen b. Wilhelms-berg aus statt.

Um rege Betheiligung ersucht der Vertrauensmann J. Fischer.

Hierzu eine Beilage.

Druck von F. Pofeskel, Berlin S. O., Dranienstr. 23.

Gegen die Zuchthausvorlage.

Der bekannte Münchener Professor und National-ökonom Lujo Brentano hat auf dem jüngst in Göttingen stattgehabten Delegirtenkongress der National-Sozialen einen Vortrag gehalten, in dem er sich scharf gegen das geplante Zuchthausgesetz aussprach. Brentano hielt es für zweckentsprechend, zu erklären, daß er keiner Partei angehöre und auch nicht beabsichtige, in Zukunft einer solchen beizutreten. Nachdem er dann den National-Sozialen noch einige Schmeicheleien gesagt, fuhr er fort:

„Die Frage aber, zu deren Erörterung wir hier versammelt sind, ist von einer überwältigenden Bedeutung. Seit einem Jahre steht sie auf der Tagesordnung, und es giebt keinen Haushalt in diesem großen Reiche, in dem sie nicht lebhaft erörtert würde, keine Hütte, für welche die Entscheidung, die über sie getroffen wird, nicht verheißungs- oder verhängnisvoll wäre. Wir alle sind stolz auf unser Vaterland. Seit dreißig Jahren sehen wir den Traum unserer Väter erfüllt. Wir sehen es an jene erste Stelle unter den Nationen gerückt, die es seit der Zeit der Ottonen verloren hatte. Und nicht nur, daß wir alle unsere Gegner, die uns Jahrhunderte in den Hintergrund gedrängt hatten, politisch überflügelt haben, ein wirtschaftlicher Aufschwung, wie ihn die deutsche Nation noch nie gesehen hat, bietet uns die Gewähr, daß diese politische Stellung, die wir erreicht haben, von Dauer sein wird. Mit Riesenschritten ist unser Reichthum gewachsen, und die Nationen, welche bisher die wirtschaftlich führenden waren, fühlen mit Schrecken in ihrem Nacken den heißen Athem unseres Wettbewerbes. Und in all' diesem Glück, diesem Segen, diesem bei uns noch nicht dagewesenen Reichthum hören wir nun auf einmal die Klage, daß die Millionen, deren trauer und redlicher Mithilfe wir all' diese Fortschritte zu danken haben, die mit deren Arbeit jene glänzenden Städte erbaut sind, um welche andere Nationen uns staunend beneiden, die, welche jeden Morgen dieses blühenden Landes mit ihrem Schweiß gedüngt haben, die, ohne deren Mitarbeit weder jene Waaren, die den deutschen Namen in den entferntesten Welttheilen bekannt gemacht, noch auch die Schiffe, die sie dorthin getragen haben, möglich gewesen wären — die, welche so unerläßlich dazu mitgewirkt, daß dieses Land ein Gedanke von Macht und Herrlichkeit für alle Zeiten und für alle Zeiten und für die ganze Welt geworden ist, daß diese Millionen eben dieser Macht und Herrlichkeit gefährlich seien, weil sie einen ihrer Mitwirkung entsprechenden Antheil an den steigenden Ergebnissen des gemeinsamen Schaffens verlangen. Wir hören mit Schrecken, daß die Millionen, welche so wesentlich und unentbehrlich waren, daß wir diese überwältigenden Fortschritte im Frieden gemacht haben und welche bereit sein müssen und bereit sind, ihr Gut und Blut zur Vertheidigung desselben im Kriege herzugeben, unter eine Ausnahme-gesetzgebung gestellt werden sollen, welche ihnen das Recht versagt, gleich allen anderen Staatsbürgern im Ringen um den bestmöglichen Preis für die Waare, von deren Verkauf sie zu leben genöthigt sind, ihr Interesse zu wahren.

Sie und ich, wir finden es begreiflich, daß diese Millionen nicht bereit sind, eine solche Ungerechtigkeit über sich ergehen zu lassen, ohne voll Entrüstung ihre Stimme dagegen zu erheben. Wir verstehen es, daß sie diese Ausnahme von den Wohlthaten, auf die sie nach der bestehenden Rechtsordnung Anspruch haben, nicht geduldig ertragen. Noch niemals haben wir die deutsche Arbeiterklasse in gleicher Weise einmüthig gefunden, wie diesmal, wo es gilt, ein Gesetz zurückzuweisen, das sie als Schutz derjenigen, „deren wichtigstes Recht die freie Bethätigung ihrer Arbeitskraft ist“, einführt. Während wir alle Interessentenverbände der Arbeitgeber, den Zentralverband der Großindustriellen wie die Handwerkerverbände, als die eifrigsten Verfechter dieses im angeblichen Arbeiterinteresse geplanten Gesetzes finden, sind es diesmal nicht bloß die Sozialdemokraten, sondern nicht weniger die katholischen, die evangelischen, die noch der liberalen Partei anhängenden Arbeiter, welche einstimmig gegen die Gesetzesvorlage, als gegen die schreiendste Verletzung ihrer Rechte, protestieren, und statt einer Verschärfung der gegen sie gerichteten, schon jetzt bestehenden Ausnahme-gesetzgebung die endliche Herstellung ihrer Rechtsgleichheit mit den übrigen Gesellschaftsklassen fordern.

Inwiefern bedrängt aber der sog. Schutz der Arbeitswilligen die deutsche Arbeiterklasse?

Sie Alle wissen, daß unser Arbeitsrecht an einer schreienden Unwahrheit leidet. Es geht davon aus, daß die Arbeitsbedingungen in einem freien Vertrage zwischen

Arbeitgeber und dem einzelnen Arbeiter frei wäre, wäre die nothwendige Voraussetzung, daß er ihn ebenso gut auch nicht abschließen könnte. Dazu ist er vermöge seiner Armuth als Regel nicht im Stande. Sie nöthigt die Masse der Weber mit sonstigen Glücksgütern noch mit besonders hervorragenden Eigenschaften ausgestatteten Arbeiter, den Mittelschlag, ihre Arbeit als Regel vorbehaltlos anzubieten. Um bei sinkender Nachfrage gleich anderen Verkäufern ein Sinken des Preises unter ihre Produktionskosten, d. h. unter das zur Lebenshaltung Unentbehrliche, verhindern zu können, müßte sie im Stande sein, ihre Arbeit vom Arbeitsmarkt zurückzuziehen. Um die steigende Nachfrage gleich anderen Verkäufern ausnützen zu können, müßte sie im Stande sein, ihre Arbeit so lange vorzuenthalten, bis deren Preis stiege. Allein die Masse der mit Durchschnittseigenschaften begabten Arbeiter ist, wo diese einzeln auftreten, völlig einflußlos auf das Arbeitsangebot. Statt daß die Arbeitsbedingungen in freiem Vertrage zwischen Arbeitgeber und Arbeiter vereinbart werden, ist es in der Regel nur der Arbeitgeber, der diese Bedingungen einseitig festsetzt.

Daher haben die Arbeiter sich zusammengethan, sich koalirt. Sie zahlen regelmäßige Beiträge in eine Kasse, aus der diejenigen, welche nicht die Arbeitsbedingungen, auf die sie nach der Marktlage Anspruch erheben können, erhalten, so lange sie arbeitslos sind, Unterstützung empfangen. Nun können sie, wenn sie nicht die gewünschten Arbeitsbedingungen erhalten, die Arbeit so lange einstellen bis der Käufer ihrer Arbeit, der sog. Arbeitgeber, bereit ist, ihren Wünschen entgegenzukommen. Nun können sie ihre Arbeit da vom Markt zurückziehen, wo ihr Preis unter den Produktionskosten steht. Nun können sie mit dem Verkauf ihrer Arbeit so lange zurückhalten, bis deren Preis entsprechend der verbesserten Geschäftslage steigt. Nun erst vermögen sie das Angebot ihrer Waare gleich anderen Verkäufern zu regeln. Nun ist die Voraussetzung, von der unser Arbeitsrecht ausgeht, daß der Arbeiter ein freier Verkäufer sei, gleich anderen Verkäufern, verwirklicht. Nun erst ist der Arbeitsvertrag ein freier Vertrag zwischen Arbeitgeber und Arbeiter.

Die Gesetzgebung hat sich der Anerkennung dieser Thatsachen nicht zu entziehen vermocht. Sie hat daher im § 152 Absatz I der deutschen Gewerbeordnung die früheren Verbote und Strafbestimmungen gegen Verabredungen und Vereinigungen der gewerblichen Arbeiter zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, insbesondere mittelst Einstellung der Arbeit, aufgehoben. Allein die Anerkennung des Koalitionsrechts der Arbeiter, die damit ausgesprochen worden ist, ist noch recht unvollkommen. Die Koalitionsfreiheit der Arbeiter ist damit ebensowenig verwirklicht, wie der freie Arbeitsvertrag durch den § 105 der Gewerbeordnung verwirklicht ist, welcher die Bestimmung der Arbeitsbedingungen lediglich der freien Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer überläßt. Im Gegentheil, es ist damit nur neben die Unwahrheit des freien Arbeitsvertrags noch eine neue Unwahrheit getreten: die Unwahrheit des Koalitionsrechts. Die Gesetzgebung hat nämlich jene früheren gegen Verabredungen und Vereinigungen der gewerblichen Arbeiter gerichteten Verbote und Strafbestimmungen nur so unvollkommen beseitigt und eine Anzahl neuer Strafbestimmungen für gewisse Handlungen gelegentlich der Ausübung des Koalitionsrechts hinzugefügt, daß man nach dem schon heute geltenden Recht sagen kann: Die Arbeiter haben das Koalitionsrecht; sie werden aber bestraft, falls sie dasselbe gebrauchen. Nun soll der größte Theil dieser Strafbestimmungen durch das projektierte Gesetz zum Schutz des gewerblichen Arbeitsverhältnisses, vulgo die Zuchthausvorlage, noch verschärft werden.

Sehen wir uns diese anomalen Gesetzbestimmungen kurz etwas an!

Es liegt auf der Hand, daß die Arbeiter, um das Angebot ihrer Waare so regeln zu können, daß sie einen Einfluß auf deren Preis auszuüben vermögen, möglichst umfassend organisiert sein müssen. Wären es nur die Arbeiter eines Betriebes oder die Arbeiter desselben Berufes nur an einem Orte, so wäre ihre Koalition meist völlig bedeutungslos; es würde für die Arbeitgeber eine Kleinigkeit sein, für die Arbeit, welche die Feiernden vorenthalten, sich die Arbeit Anderer zu verschaffen. Damit eine wirksame Regelung des Arbeitsangebots durch die Arbeiter stattfinden könne, müssen die Verabredungen und Vereinigungen der Arbeiter möglichst alle Arbeiter eines und desselben Berufes, und zwar nicht nur an einem und demselben Orte, sondern an allen Orten des Landes, an denen das Gewerbe betrieben wird, umfassen. Allein in Deutschland ist dies z. B.

nur in einigen wenigen Staaten gesetzlich möglich. In einer Anzahl anderer deutscher Staaten fallen trotz des § 152 der Gewerbeordnung die Arbeiterverbände zur Besserung der Arbeitsbedingungen, nicht aber die Verbände der Arbeitgeber, noch unter das Verbot der Verbindung „politischer“ Vereine.

Sodann liegt auf der Hand, daß es den Arbeitern nur möglich ist, das Angebot ihrer Arbeit durch Verabredungen zu regeln, wenn diese Verabredungen gehalten werden. Allein nun begegnet uns die zweite juristische Anomalie (Abweichung von der Regel). Der § 152 Absatz I der Gewerbeordnung hat Verabredungen der Arbeiter behufs Besserung ihrer Arbeitsbedingungen für erlaubt erklärt. Während aber sonst Verträge klagbar sind, bestimmt der Absatz 2 desselben Paragraphen, daß jedem Theilnehmer an Preis- und Lohnverabredungen der Arbeitgeber und Arbeiter der Rücktritt von solchen Vereinigungen oder Verabredungen frei steht und aus letzterem weder Klage noch Einrede stattfindet. Während das Reichsgericht in einer Entscheidung vom 5. Juli 1890 erklärt hat, daß Kartelle der Produzenten im Gegensatz zu den Ringen der Spekulanten keineswegs an sich rechtswidrig seien, enthält dieser § 152 Abs. 2 nach wie vor eine Aufforderung zum Abfall von vertragsmäßig übernommenen Verpflichtungen. Verabredungen der Verkäufer der Arbeit zur Besserung ihrer Lage sind also erlaubt, sie genießen aber keinerlei rechtlichen Schutzes. Sie haben somit lediglich eine moralische Grundlage. Ihre Beachtung beruht lediglich auf dem Gemeinsinne und dem Ehrgefühl der Arbeiter.

Nun wäre es weit gefehlt, darin eine besondere Auszeichnung der Arbeiterklasse zu erblicken, daß der Gesetzgeber von ihr erwarte, daß Verträge, welche, wenn von Angehörigen anderer Gesellschaftsklassen über andere als Lohnfragen abgeschlossen, rechtlich geschützt sind, von ihr auch ohne solchen Schutz gehalten würden. Im Gegentheil, der Gesetzgeber versagt den Lohnverabredungen den rechtlichen Schutz, es ist, als ob er nicht wünsche, daß sie gehalten würden; versagt er doch den Arbeitern sogar jene gesellschaftlichen Mittel, deren sich die übrigen Gesellschaftsklassen bedienen, um die Einhaltung von Versprechen zu erzielen.

In der ganzen Welt gilt derjenige, der ein Versprechen nicht hält, als ein Schuft, und überall im bürgerlichen Leben denkt man wegwerfend von Dem, der aus egoistischen Motiven die Interessen seiner Kameraden opfert. Dem entsprechend gilt es auch unter den Arbeitern als etwas Unehrenhaftes, wenn ein Arbeiter einen Anderen Streikbrecher nennt, muß er es fast regelmäßig mit wochenlangen Freiheitsstrafen büßen. Das aber ist eben die juristische Anomalie. Unser Strafgesetzbuch kennt nämlich keine Strafen wegen Ehrverletzung, sofern sie keine Beleidigung erhält oder die etwa darin enthaltene beleidigende Aeußerung wahr ist; nach § 153 der Gewerbeordnung aber wird derjenige, der einen Anderen durch Ehrverletzung zu bestimmen versucht, an Lohnverabredungen theilzunehmen, oder zu hindern sucht, davon zurückzutreten, unter allen Umständen mit Gefängniß bis zu drei Monaten bestraft. Ein Streikender, der einen vorgesezten Mitarbeiter, der weiter arbeitet, nicht mehr grüßt, kann somit bis zu drei Monaten Gefängniß erhalten. Ein Beispiel aus der Wirklichkeit: Als ein Streikender einem Streikbrecher sagte, „es sei nicht hübsch, alten Kollegen in den Rücken zu fallen“, wurde der völlig unbescholtene Mann wegen Ehrverletzung zu einem Monat Gefängniß verurtheilt.

Nachdem der Redner auf die ungleiche strafrechtliche Behandlung der Arbeiter gegenüber den Angehörigen der anderen Klassen hingewiesen, fährt er fort:

„Allein der Gesetzgeber begnügt sich nicht damit, daß er Lohnverabredungen für rechtlich unverbindlich erklärt, es genügt ihm nicht, Handlungen, welche, von Anderen begangen, straflos sind, wenn von Arbeitern gelegentlich einer Arbeitseinstellung oder Aussperrung verübt, strafbar zu machen; er führt die Ungleichheit weiter: wirkliche Vergehen und Verbrechen, wenn von Anderen gelegentlich der Wahrnehmung berechtigter Interessen begangen, pflegen milder beurtheilt zu werden; dagegen gilt es als ein erschwerender Umstand, wenn sie von Arbeitern im Kampfe um bessere Arbeitsbedingungen verübt werden. Nun bin ich gewiß dafür, daß allen Vergehen und Verbrechen mit strenger Ahndung begegnet wird; allein es verstößt gegen das elementarste Rechtsgefühl, daß Arbeiter, die im bitteren Kampfe um die Existenzbedingungen eines Vergehens oder Verbrechens sich schuldig machen, statt der mildernden Um-

stände, welche den übrigen Gesellschaftsklassen zugebilligt zu werden pflegen, härter als diese bestraft werden sollen.

Das ist der Rechtszustand, wie er heute schon gilt. Selbst die Verfasser der Zuchthausvorlage haben sich der Einsicht nicht verschlossen, daß dieser Rechtszustand mit unseren elementarsten Rechtsgrundsätzen in Widerspruch steht.

Dies habe auch der Verfasser der Zuchthausvorlage eingesehen, sagt Brentano, denn der § 4 Abs. 3 der Vorlage enthalte gegenüber dem heutigen Zustand eine Verbesserung. Alle übrigen Ausnahmebestimmungen für Koalitionen würden nicht nur beibehalten, sondern noch verschärft, indem das Maximum der Strafdrohung von Gefängniß bis zu drei Monaten auf Gefängniß bis zu einem Jahre erhöht wird.

Am ungerechtesten aber ist die ungleiche Behandlung von Arbeitsverkäufer und Arbeitskäufer beim Kampf um die Regelung des Arbeitsangebotes mit Hilfe von an sich unanfechtbaren Mitteln. Ich meine die Haltung von Polizei, Rechtsprechung und jetzt auch der Zuchthausvorlage gegenüber dem Streikposten.

Bei einer Arbeitseinstellung oder Aussperrung sucht die eine Partei der anderen ihre Vertragsbedingungen aufzunöthigen. Der Erfolg der Arbeiter hängt davon ab, daß die Arbeitgeber keine Arbeiter zu anderen als den Bedingungen der Arbeiter finden; der Erfolg der Arbeitgeber, daß die streikenden Arbeiter dadurch, daß sie nirgendwo anders angenommen werden, zur Unterwerfung nöthigt, eventuell daß ihr Angebot durch das anderer Arbeiter ersetzt werde. Die Arbeitgeber haben es leicht, den ersten Zweck zu erreichen. Sie kennen einander; das Adreßbuch enthält ihre Namen. Es ist daher für sie leicht, miteinander in Verbindung zu treten. Mittels Telephons und Postskriptionslisten, welche die Namen der streikenden und ausgesperrten Arbeiter enthalten, verhindern sie, daß diese anderswo beschäftigt werden. Um den zweiten Zweck zu erreichen, suchen sie sich Arbeiter meist von anderen Orten zu verschaffen. Oft wird das ganze Land nach Arbeitern durchsucht und die durch Bedingungen, deren Gunst oder Ungunst sie nicht zu beurtheilen vermögen, Gewonnenen werden auf Kosten der Arbeitgeber herbeigeschafft, um an Stelle der Feiernden in Arbeit zu treten. Es kommt sogar vor, daß ausländische Arbeiter zu diesem Zwecke herangezogen werden. Bei den Arbeitern dagegen hängt der Erfolg lediglich ab von der Güte ihrer Organisation. Wo sie gut organisiert sind und die Organisation die große Mehrheit der Arbeiter eines Berufes in einem Lande umfaßt, da ist allen Arbeitern bekannt, wo ein Arbeitskampf stattfindet, und es ist selbstverständlich, daß da die Arbeitgeber keine Arbeiter zum Ersatz der Feiernden finden; der Erfolg hängt hier lediglich ab von der Größe der von den Arbeitern gesammelten Mittel. Daher denn die bestorganisirten englischen Gewerksvereine das Postenstehen kaum mehr für nöthig erachten. Wo die Organisation der Arbeiter noch mangelhaft ist, und namentlich bei allen ungelerten Berufen, bei denen jeder Arbeiter den anderen ersetzen kann, haben die Feiernden kein anderes Mittel, um andere Arbeiter von einem Arbeitskampf zu verständigen, als das Postenstehen und die Presse. Beim Postenstehen werden Arbeiter in der Nähe der gesperrten Arbeitsstellen oder auch auf Bahnhöfen aufgestellt, um Diejenigen anzureden, welche dem Rufe der Arbeitgeber Folge leisten, ohne von dem Arbeitskampfe zu wissen. Die Arbeiter haben als Regel nicht den Wunsch, ihre Genossen zu unterbieten. Hätten sie von dem Arbeitskampfe gewußt, so wären die Meisten zu Hause geblieben. Es ist nun Aufgabe der Posten, die Zuwandernden von dem stattfindenden Arbeitskampfe zu unterrichten, ihnen die Beschwerden, um die es sich handelt, mitzutheilen, sie zur Umkehr zu überreden und ihnen das zur Heimkehr nöthige Reisegeld zu bezahlen. In all' dem kann, sofern keinerlei Gewalt zur Anwendung kommt, etwas Unberechtigtes nicht erblickt werden. Ferner ermöglicht dieses Postenstehen zu konstatiren, ob kein Arbeiter, der Streikunterstützung erhält, nicht gleichzeitig auch Lohn vom Arbeitgeber, indem er, der Vereinbarung untreu, für diesen arbeitet, erhalte. Endlich werden die Feiernden in den Stand gesetzt, sich davon zu überzeugen, ob die Arbeitgeber Arbeiter erhalten, welches daher der voraussichtliche Erfolg sein wird und ob es demnach angezeigt ist, Frieden zu schließen oder nicht. Hand in Hand mit diesem Postenstehen gehen Mittheilungen in der Presse, wie: dort und dort findet Arbeitseinstellung statt, verbunden mit der Aufforderung, Zutritt abzuhalten.

Welche Wirkungen das Zuchthausgesetz haben werde, wird dann von Brentano weiter ausgeführt und zum Schluß macht er dann einige Vorschläge zur Sicherung des Koalitionsrechtes. Dieselben lauten wie folgt:

1. Es ist dringend nöthig, daß jene Gesetze, wonach in einzelnen deutschen Staaten Berufsorganisationen der

Arbeiter als politische Vereine behandelt und ihnen die Verbindung untereinander untersagt ist, aufgehoben werden.

2. Ein neues Gesetz über Einigungsverfahren ist nöthig, wonach das Einigungsamt aus Vertretern beider Parteien der unmittelbar am Streite beteiligten Gewerbe zu bestehen hat, auch soll das neue Gesetz den Behörden die Befugniß geben, ein Einigungsverfahren einzuleiten.

3. Der § 152, Abs. 2 der Gewerbe-Ordnung, ist zu beseitigen, dagegen soll der § 105 der Gewerbe-Ordnung lauten: „Die Festsetzung der Verhältnisse zwischen den selbstständigen Gewerbetreibenden und den gewerblichen Arbeitern ist, vorbehaltlich der durch Reichsgesetze begründeten Beschränkungen, Gegenstand freier Uebereinkunft. Eine solche Uebereinkunft kann nicht bloß von einzelnen Vertretern, sondern auch von Korporationen von Gewerbetreibenden und von Korporationen von Arbeitern mit Bindung für ihre Mitglieder rechtsverbindlich abgeschlossen werden. Wo immer eine Korporation von Arbeitgebern oder Arbeitern die Arbeitsbedingungen für ihre Mitglieder vereinbart, hastet das Korporationsverfahren für die Erfüllung dieser Arbeitsbedingungen seitens ihrer einzelnen Mitglieder.“

4. An Stelle des bisherigen § 153 der Gewerbe-Ordnung ist zu bestimmen, daß alle Vergehen und Verbrechen, begangen am Arbeitgeber oder Arbeiter, um ihn zur Theilnahme an Verbindungen oder Verabredungen, die eine Einwirkung auf Arbeits- oder Lohnverhältnisse bezwecken, zu bestimmen oder von der Theilnahme an solchen Vereinigungen oder Verabredungen abzuhalten, nach Maßgabe der Bestimmungen des deutschen Strafgesetzbuches bestraft werden sollten.“

So anerkanntenswerth die tapfere Rede des bürgerlichen Gelehrten auch ist, glauben wir doch darauf hinweisen zu sollen, daß der Kampf um die Sicherstellung des Koalitionsrechtes von den Arbeitern selbst durchgekämpft werden muß. In dieser Erkenntniß haben denn auch schon im Jahre 1890 die Vertreter der Arbeiter im Reichstage einen Gesetzentwurf zur Abänderung der Gewerbeordnung eingebracht, der unter Anderem folgenden § 154 enthält:

„Unternehmer und Hülfspersonen können zur Förderung ihrer gewerblichen Interessen in Vereinigungen zusammentreten. — Vereinigungen, welche den Zweck haben

- a) die Lohn- und Arbeitsverhältnisse, sei es auf dem Wege freier Vereinbarung oder Gesetzgebung, zu regeln;
- b) Fachschulen und Bibliotheken zur Förderung der gewerblichen und geistigen Ausbildung ihrer Mitglieder in's Leben zu rufen;
- c) Unterstützungskassen für Arbeitslose und Invaliden oder Erwerbsgenossenschaften zum Nutzen ihrer Mitglieder zu bilden

— sind den landesgesetzlichen Bestimmungen über das Vereins- und Versammlungswesen nicht unterworfen.“

Hier wird also mit aller wünschenswerthen Klarheit das Koalitionsrecht gegen die Polizeibehörden sichergestellt und reaktionären Angriffen ein Riegel vorgeschoben.

Unsere Ankleide- oder Frühstücksräume auf Werkplätzen und Brücken.

Mit dem Herannahen der rauhen Jahreszeit, welche ihren Einzug bereits gehalten, wird das Fehlen, sowie die ungenügenden und mangelhaften, den Vorschriften des Gesetzes in keiner Weise entsprechenden Räume, welche man mit dem Namen Frühstücksbuden bezeichnet, und den Arbeiter in unserem Berufe während den Pausen schützen und wärmen sollen, recht bitter empfunden.

Stelle man sich nur einmal vor, der Steinmetz oder Brecher ist jetzt von früh 7 Uhr bis 5 und 6 Uhr Abends dem eisigen Wind, dem Regen und der Kälte ausgesetzt. Die Frühstück- und Vesperpausen — kommen wegen ihrer Kürze, bezüglich der Erwärmung, kaum in Betracht. Bleibt also nur die Mittagspause. Und wie ungemein sich auf dieselbe der Steinarbeiter bei rauher und nasser Bitterung freut, brauchen wir wohl nicht erst zu erzählen. Es kann sich das Verlangen eines durchfrorenen, mit durchnässten Kleidern behangenen Körpers nach einem wärmenden Raum Jedermann leicht vorstellen. Aber nicht nur auf das Wohlbefinden eines durchwärmten Körpers kommt es an, es muß auch die Gesundheit der Steinarbeiters in Betracht gezogen werden.

Halten wir einen Einblick bei den größeren Zimmungs- und Hof-Steinmetzmeistern Berlins, welche die Forderungen der Steinarbeiter beim letzten Ausstand als maßlos, frivol

und unerfüllbar bezeichneten, sie erwarten gewiß, daß dort Alles in bester Ordnung ist, jedoch weit gefehlt.

Die aufgestellte Statistik sagt mit einem Wort „mangelhaft“. Bedenke man sich die Werkplätze und Betriebe der Herren Zeidler, Wimmel, Schilling u. s. w. wo im Durchschnitt 50—60 Steinmetzen beschäftigt werden, und vergleiche sie mit einem derartigen Raum, ob er der Zahl der Beschäftigten, welche von Morgens bis Abends an dem Werkplatz gebunden sind, voll und ganz entspricht, man sehe sich die Feuerungsanlagen, die Reinigung, Ventilation, Tische, Bänke, welche vorhanden sind, an, es ist ekelhaft, ja, man kann sagen, die Räume sind geschaffen als Seuchenherd zur Züchtung der Tuberkelbazillen für die Berufskrankheit, und die Steinarbeiter fallen demgemäß auch in dem rüftigsten Mannesalter, wo jene Herren erst anfangen zu leben, dieser Krankheit zum Opfer. Hoffentlich werden diese Herren, welche als geehrte Mitglieder des Verbands deutscher Steinmetzgeschäfte an der Spitze stehen, bei der nächst stattfindenden Generalversammlung es ihren Innungskollegen nicht versagen, einen Einblick in diese Eldorados zu gestalten. Beim diesjährigen Ausstande beabsichtigten die Steinarbeiter bei der Forderung Verkürzung der Arbeitszeit hauptsächlich, den Aufenthalt auf dem Werkplatz, auch bezugnehmend auf die Pausen, weil die Räume unwürdige und als Seuchenherde bekannt sind, zu verkürzen, die Herren von der Innung willigten die verkürzte Arbeitszeit ein, fesselten uns jedoch, indem die Pausen dieselben blieben, an den Werkplatz, nun ist es auch in erster Linie ihre Pflicht dafür Sorge zu tragen, daß diese Frühstück- oder Ankleideräume, in welchen die Beschäftigten wie die Serringe in einer Tonne zusammen gepfercht sind, und eher den Ställen gleichen, so umzugestalten, damit selbige dem Gesetz entsprechen. Auch würde es nichts schaden, wenn die Steinmetzen nochmals bei der Gewerbe-Inspektion vorstellig würden, um Abhilfe herbeizuführen.

So wie die Zustände auf diesem Gebiete in der Metropole Deutschlands beschaffen sind, finden wir dieselben auch in allen größeren Ortschaften und Städten, ja es kommt theilweise vor, daß Räume ungedieft, die Dächer nicht dicht, daß die Feuerung von den beschäftigten Steinarbeitern getragen werden muß, die Aborte direkt an die Frühstücksräume grenzen u. s. w. Was dieses zuletzt angeführte betrifft, möchten sich die Arbeitgeber von Dresden auch mit zur Notiz machen, und indem die dortige Vereinigung die Hebung des Handwerks als Panier erhebt, werden selbige, weil Tarifverhandlungen im nächsten Jahre nicht stattfinden, mit Hochdruck auf diesem Gebiete arbeiten können.

Gehen wir in die Bruchdistrikte und halten dort Umschau, gleichviel ob für Granit oder Sandstein, und nehmen für die letztere Gesteinsart das Maintal. Hier finden wir den Sitz kapitalistischer Verbandsmeister, welche es ihren Arbeitern größtentheils so bequem gemacht haben, daß es nicht nothwendig ist Aufenthaltsräume für die Arbeiter zu schaffen. Wer seine Mahlzeit einnehmen will, setzt sich auf oder neben sein Werkstück, die Sachen der Leute hängen am Zaun oder stecken unter den Steinen; denn die Fürsorge unserer Kapitalisten in der Steinindustrie ist, wenn es das Wohl und Wehe ihrer Arbeiter betrifft, eine den heutigen Gesetzen sohn sprechende.“ In den häufigsten Fällen, was uns die Berichte der Aufsichtsbeamten gebracht haben, ein Hand in Hand gehen mit den zuständigen Behörden. Wenn nun nach einem berühmten Ausspruche der Mensch für den Staat das kostbarste Gut ist, so könnte doch auch verlangt werden, daß dieses kostbare Gut nicht unnützer Weise zu Grunde gerichtet werde.

Allein, wir hören nichts davon, daß sich Jemand dafür einsetzen möchte, damit für die Arbeiter in der Steinindustrie auf den Werkplätzen und in Brücken, wo es der Unternehmer unterläßt, Unterkunftsräume für die Arbeiter zu bauen, er voll irgend welcher Seite daran erinnert würde, wo sie wenigstens während der rauhen Jahreszeit in den Pausen ihren von Frost durchrüttelten Körper erwärmen und ihre durchnässten Kleider trocknen könnten. Auch werden die Steinarbeiter ganz genau wissen und feststellen können, daß die zuständigen Behörden weit entfernt davon sind, wo derartige Räume bestehen eine Revision aus eigenem Interesse über Beschaffenheit und ob selbige den gesetzlichen Vorschriften entspricht vorzunehmen. Es möge dieses die große Waffe der in der Steinindustrie beschäftigten Arbeiter daran erinnern, daß es dem Unternehmertum gar nicht einfällt, aus freien Stücken zur Fürsorge ihrer Arbeiter etwas zu thun, wenn es zehnmal dazu in der Lage oder auch Gesetzesvorschrift ist. Alles was dem Arbeiter auf diesem Gebiete vorenthalten wird, muß er dem Unternehmer abringen und hierzu ist es nothwendig, daß sich ein jeder der Organisation anschließt, um gemeinsam vorzugehen zu können.